Bibliothek f. Kunstkunde Neues Rathaus R6 + 9.

Ausgabe B.

Auswärts

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis: Bei der Post geholt vierteljährlich 2.40 Mk. Durch den Briefträger oder Boten 2.82 Mk.

Christlich-nationales Tageblatt

mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus".

Herausgeber D. Jaeger.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Reklamezeile 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 229 | Bielefeld-Bethel, Mittwoch, den 1. Oktober 1919 | Jahrgang 1.

Die Furcht des Herrn ist der Weisheit Anfang; das ist eine feine Klugheit, wer danach tut, des Lob bleibt ewiglich.
Psalm 111, 10.

Kongreß für Innere Mission.

VII.

Auf dem Kongreß für Innere Mission in Bielefeld fand neben vielen anderen auch eine Sonderkonferenz für Auswandererfürsorge statt, welche bei der Wichtigkeit dieser brennenden Zeitfrage von allgemeinem Interesse sein wird. Der Vorsitzende des evangelischen Hauptvereins für Auswanderer Herr P. Grisebach-Witzenhausen a. Werra sprach über das Thema: Welche Aufgaben erwachsen der evangelischen Kirche aus der kommenden Auswandererflut. Die Not unseres Vaterlandes hat in vielen deutschen Volksgenossen den Entschluß gereift, sich in fremden Ländern eine neue Heimat zu suchen. Die meisten glauben, durch wirtschaftliche Nöte gezwungen zu sein, ihrem Vaterland den Rücken kehren zu müssen, viele Gebildete sind politisch vergrämt und sehnen sich deshalb aus Deutschland heraus, manch Arbeitslustiger, besonders im Kohlenrevier ist des dort herrschenden Terrors überdrüssig, der seine Arbeitskraft und -freudigkeit lähmt, und will lieber in der Ferne Neuland pflügen. Dazu kommt der den Deutschen eigentümliche Wandertrieb und der Reiz des Neuen überhaupt, so daß täglich die Zahl der Wanderlustigen um Tausende zunimmt. Es ist eine Tatsache, daß nicht nur 5 Millionen Deutsche schon auswandern wollen, sondern daß sogar 10—15 Millionen werden auswandern müssen, wenn sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in den nächsten Jahren nicht ändern. Unsere Kirche kann sich in dieser Frage nicht gleichgültig verhalten. Eine absolute Warnung all den Wanderlustigen gegenüber stärkt nur das Mißtrauen, welches weite Volkskreise der Kirche ohnehin entgegenbringen. Wir haben die Pflicht, den Auswandern positive Wege zu weisen. Der Siedlungsmöglichkeit in der Heimat stehen die heutigen Bauschwierigkeiten entgegen. Die einzige Möglichkeit, eine größere Anzahl Deutscher anzusiedeln, bestand in den Ostseeprovinzen. Zehntausende waren dazu bereit. Ihre Hoffnungen sind schmählich enttäuscht worden. So wenden sich die Augen der Auswanderer in überseeische Länder. Trotz enormer Fahrpreise — die Überfahrt nach Südamerika kostet im Zwischendeck bereits über 2000 ℳ — sind die zur Verfügung stehenden Schiffsplätze schon bis Ende Februar belegt. Wahrscheinlich wird sich wegen der Fahrschwierigkeiten der Auswandererstrom mehr und mehr über Land nach Osten ergießen, sobald Rußland die Grenzen öffnet und die Verhältnisse dort ein Reisen ermöglichen. Es bestehen bereits 50 namentlich aufführbare Auswandererverbände z. T. auf kommunistischer Grundlage. Wahrscheinlich beläuft sich aber ihre Zahl auf 100—150, da täglich neue begründet werden. Z. T. sind es Schwindelunternehmungen, welche die Leichtgläubigkeit des deutschen Michels benutzen, um aus der Auswanderernot ein Geschäft zu machen. Dieser Not gegenüber hat die Kirche schon in der Gegenwart, wo die Auswanderer noch im Lande sind, eine Aufgabe — und zwar eine religiöse, eine nationale und eine organisatorische. Es ist Missionspflicht der Kirche, der Not nachzugehen. Man hat mit Recht vom Auswandererfieber gesprochen. Die Auswandererlust ist z. T. krankhaft. Die Menschen verlieren den klaren Blick für die Wirklichkeit, für die Schwierigkeiten, denen sie entgegengehen. Da hat die Kirche den Auswanderern den klaren Verstand zu ersetzen, die Verhältnisse in den in Betracht kommenden Ländern zu prüfen und aufklärend zu wirken, dafür zu sorgen, daß die Schwindler entlarvt werden, daß in den Heimat- und auslndischen Hafenplätzen zuverlässige Personen sich der Auswanderer annehmen. Solange die Leute noch in der Heimat sind, sind Handfertigkeits- und Unterrichtskurse einzurichten, welche die zum großen Teil völlig Ungeschulten auf ihre neue Arbeit vorbereiten. Außerdem hat die Kirche durch Mitsendung von Pfarrern dafür zu sorgen, daß die Auswanderer nicht ins Heidentum zurückfallen und das deutsche Volkstum völlig verlieren. Es ist bekannt, daß den Deutschen im Ausland nur der Glaube und die Kirche als Deutschen erhält, sonst geht er unfehlbar im fremden Volk auf. So ist die Pflege des kirchlichen Lebens nicht nur eine religiöse, sondern auch eine nationale Pflicht. Was die Organisation der Arbeit betrifft, muß Zentralisation und Dezentralisation stattfinden. Eine Zentrale für die evangelische Kirche ist bereits geschaffen im Ev. Hauptverein für Auswanderer, der mit dem Reichswanderamt in Verbindung steht. In sieben Städten befinden sich außerdem schon Zweigstellen desselben, die weiter ausgebaut werden müssen, damit innigste Fühlung mit all den wanderlustigen Kreisen geschaffen wird.

* * *

Der 2. Deutsche Diakonentag hat soeben in Bethel bei Bielefeld stattgefunden. Während des Krieges konnten die vereinigten Deutschen Diakonenanstalten ihre Glieder, die im Deutschen Diakonenverband vereinigt sind, nicht zusammenrufen, standen doch die meisten im Felde. Der Krieg hat auch den deutschen Diakonenanstalten große Verluste gebracht. Vor dem Kriege betrug, nach dem Geschäftsbericht von Diakon Lehmann, die Zahl aller Diakonen 3566, am 1. Juli 1914 dagegen nur 2854. Es sind auf dem Felde der Ehre 422 Diakonen geblieben, 33 sind völlig berufsunfähig geworden, 226 haben mehr oder weniger Kriegsbeschädigungen erlitten, 139 befanden sich noch in der Gefangenschaft. Die männliche Diakonie ist durch den Krieg um etwa 10 Jahre zurückgeworfen. Auch hat sie schweren Schaden dadurch erlitten, da nicht wenige Diakonen infolge des unglücklichen Kriegsausganges ihre Stellung verloren und erst nach und nach wieder ihren Arbeitsplatz finden. Um so nötiger war die Einberufung des Diakonentages, der alle Glieder der Brüderschaften aufs neue mit Freudigkeit zum Dienst und Hoffnung auf die Zukunft erfüllen sollte. Dem diente die Predigt des Vorsitzenden Pastor D. Oehlkers vom Stephansstift in Hannover über 2. Kor. 4: „Darum werden wir nicht müde." Das war auch der Wahlspruch von Vater Bodelschwingh, in dessen Anstalten die Diakonen während ihrer Tagung gastfreundliche Aufnahme fanden. Über 300 Teilnehmer zeigte die Anwesenheitsliste. Trotz aller Nöte und Sorgen ging ein freudiger Zug durch die Versammlungen. Es sind zwar manche Arbeitsgebiete bedroht. Die Wanderfürsorge, der Pflegedienst in den mancherlei Anstalten der Barmherzigkeit, die Jugenderziehung in Anstalten und freien Vereinigungen, die Fürsorge für Seeleute und Auslandsdeutsche haben mit großen Schwierigkeiten zu ringen und sind zum Teil in ihrem Bestande erschüttert. Aber die gefaßten Entschließungen bewiesen, daß das Werk des Herrn unverdrossen weitergeführt werden wird im Vertrauen auf den allmächtigen Herrn der Kiche und ihrer Inneren Mission, vor dem auch die Stürme der Gegenwart schweigen müssen. Auch neue Zukunftsaufgaben: die Erteilung des Religionsunterrichts und insbesondere die Fürsorge für die auswandernden evangelischen Deutschen wurden ins Auge gefaßt. Der Kirche der Zukunft, die in ihrer Verfassung erst gestaltet werden soll, wird die männliche Diakonie ebenso willig dienen, wie der bisherigen. Ja, sie erstrebt eine nähere Verbindung mit der künftigen freien Volkskirche an, da sie von dieser keine Hinderung in der Freiheit ihres Dienstes zu befürchten braucht. Neue kirchliche Ämter wird die männliche Diakonie übernehmen müssen, wenn die Not der Kirche es fordert, und für die bisherigen Ämter, wie die des Gemeindehelfers und Jugendpflegers erwartet sie mehr Freiheit zum Dienst als bisher und bessere Vertretung in den kirchlichen Körperschaften und Synoden. Auch die äußere soziale Stellung muß den Verhältnissen der Gegenwart entsprechend gestaltet werden und die Vorsteher der Diakonen-Anstalten haben hier große Aufgaben. Die Tagung fand ihren Abschluß in einer weihevollen Feier am Grabe des heimgegangenen Vaters Bodelschwingh. Die festlichen Posaunenklänge unter der Leitung von Pastor Kuhlo weckten lebendigen Widerhall in den Herzen der Teilnehmer. Das Schiff der männlichen Diakonie hat z. Zt. schwere Fahrt; aber der Steuermann ist Jesus Christus, der Herr, und die Schiffsleute sehen im Glauben auf ihn.

Exzellenz Hergt über das deutsch-nationale Programm.

Auf dem Parteitage des Landesverbandes Mittelschlesien der Deutschnationalen Volkspartei, der am Dienstag in Breslau stattfand, hat der Vorsitzende der Partei, Staatsminister a. D. Hergt, eine Rede über die innerpolitische Lage gehalten. Der „Schlesischen Zeitung" zufolge führte er unter anderem aus:

Die Welle des nationalen Gedankens ist weiter in das Land hinausgegangen, aber diese Volksbewegung hat bei der Regierung nicht die genügende Beachtung gefunden. Die Regierung sieht, daß sie nichts vermag, weil ihr der große Gedanke fehlt, und manches ihrer Mitglieder hat sich bereits gesagt: „Mit unsrer Macht ist nichts getan." Es war eine Begeisterung vorhanden nach dem Bekanntwerden der Friedenbedingungen. Der Osten starrte von Waffen, aber man hatte Angst vor dem nationalen Gedanken, wie man auch im Oktober 1918 keine Erhebung wollte. Man bekämpft die Welle mit den alten Theaterrequisiten, man bringt die Schuldfrage, aber wir wissen ihr zu begegnen. Die Alldeutschen und die Vaterlandsparteiler hatten recht. Man bekämpft uns mit dem Hinweis auf die Gegenrevolution und will unseren Versicherungen, daß wir keine Gegenrevolution machen wollen, nicht glauben. Scheidemann hat eben erst in Kassel mit dem Gespenst der Gegenrevolution gearbeitet. Wir machen es ohne Gegenrevolution. Der Gedanke der Monarchie ist auf dem Marsche, wir machen es auf dem Wege über die Verfassung. Eine Zweidrittelmehrheit im Parlament gehört dazu. Wenn das ganze Volk es verlangt, früher oder später, so werden wir die Monarchie haben, und zwar die Hohenzollernmonarchie.

Der Redner berührte dann noch den Streit über die Frage der Ehrenerklärung in der Angelegenheit des Friedensvertrages, den die Deutschnationalen dem Zentrum in Aussicht gestellt haben sollen. Niemals hat man daran gedacht, eine solche Erklärung anzubieten. Nicht eine einzige Stimme hat sich erhoben, die etwa diesem Friedensvertrage hätte zustimmen wollen.

Im Wirtschaftsleben ist an die Stelle der Hungerblockade die schlimmere Valutablockade getreten. Notwendig ist eine Erhöhung der Produktion. Aber nichts geschieht, keine Tat erfolgt, höchstens ab und zu mal eine gute Rede. Zur Erhöhung der Produktion gehört auch Ruhe in der Verwaltung. Aber noch immer wird das Beamtenrevirement fortgesetzt. Die Parteien drängen zur Futterkrippe, Landräte werden beseitigt und jetzt auch die Amtsvorsteher. Verderblich ist die Wirtschaft Erzbergers und ungesund der Milliardenschaden, den er anrichtet, indem er im Gefühl, daß er doch nicht lange bleiben kann, nach dem Worte verfährt: Nach mir die Sintflut. Der Landwirtschaftsminister Braun trägt dazu künstlich die Beunruhigung ins Land, was von furchtbaren Folgen sein wird. Eine wirkliche Tat, die die Regierung dauernd vermissen läßt, kann nur kommen durch ein Programm der Ordnung. Die Deutschnationale Volkspartei wird demnächst ein solches Programm verkünden. Auf dieses Programm könnten sich die Parteien bis zum rechten Flügel der Sozialdemokratie einigen. Aber wir können nicht hoffen, daß es heute schon so weit ist. Von den Neuwahlen erwarten wir eine überwältigende Zunahme der Stimmen. Bei aller Arbeit für die Wahlen können wir nur das eine Ziel haben, einmal die Mehrheit zu erlangen. Bis dahin machen wir die Regierungsgeschäfte recht und schlecht mit. Die Reichsverfassung hat Preußen festgelegt auf die Republik und das parlamentarische System. Die Republik wird von uns bekämpft, aber mit dem Parlament haben wir uns abgefunden. Die Monarchie der Zukunft wird daher anders aussehen als die bisherige Es wird die soziale Monarchie sein, und derjenigen Partei wird die Zukunft gehören, die dem Volke die soziale Monarchie bringt.

Herr Hergt ging dann auf den

Beamteneid

ein, der auf die Verfassung geleistet werden soll. Viele Beamten sind in schwere Gewissensnöte gekommen. Dieser Eid kann den Beamten aber nicht in seiner politischen Betätigung binden, weil er nur die Verpflichtung in Wahrnehmung des Amtes betrifft. Die Verfassung gibt auch dem

Beamten das Recht zu freier politischer Betätigung. Der Beamte darf also trotz des Eides auf dem Programm der Deutschnationalen Volkspartei stehen, denn er bindet sich durch den Eid nur insoweit, als es seine amtliche Tätigkeit betrifft. Gegenüber dem starken Zug ins Unitarische, den die Reichsverfassung aufweist, betonte der Redner den Preußengedanken und den alten preußischen Beamtengeist als Parole.

Zum Schluß beschäftigte sich der Redner mit den Strömungen in der Partei selbst und mahnte zum festen Zusammenhalt im Rahmen des nationalen Gedankens. Man habe gesagt, daß Graf Westarps Kandidatur Anstoß erregt habe. Darauf erwidere er, daß es der Partei eine Ehre sein werde, dem Grafen Westarp einen Sitz zu geben. Er wandte sich gegen den Gedanken, daß ein antisemitischer Flügel absplittern könnte. Eine ausgesprochen antisemitische Partei können wir nicht werden. Aber den Drängern und Stürmern möchte er die Bitte aussprechen, daß sie aus der Frage nicht eine Haupt- und Staatsaktion machen. Den Konservativen war es nicht zu verdenken, daß sie ihre Eigenart nicht ohne weiteres aufgeben wollten. Sie sehen jetzt aber, daß die Monarchie bei den Deutschnationalen gut aufgehoben ist. Auch dem Gedanken einer Absplitterung nach links, etwa der Bildung einer christlichen Arbeiterpartei, trat er entgegen. Man müsse dafür sorgen, daß dafür kein Anlaß entstehe. Sonderbestrebungen dürften nicht emporkommen, Zugeständnisse von beiden Seiten müssen in einer Partei, die auf der breitesten Basis steht, gemacht werden.

* * *

Die Entschließung der Judenfrage,

die am 1. August auf dem Vertretertage des Landesverbandes beschlossen war, und die eine Erweiterung der in Berlin gefaßten Entschließung darstellt, wurde auch von dem Parteitage des Landesverbandes Mittelschlesien angenommen. Staatsminister a. D. Hergt sprach die Erwartung aus, daß sie auch die Billigung der Mehrheit im Berliner Hauptvorstande finden werde. Diese Entschließung lautet:

„Die Deutschnationale Volksdartei steht auf dem Boden des deutschen Volkstums und hält es für Recht und Pflicht, dieses mit aller Entschiedenheit zum Ausdruck zu bringen. Sie macht deshalb Front gegen den undeutschen, zersetzenden Geist, insbesondere den zersetzenden Geist des Judentums, der sich zum Verderben unseres Volkes seit Jahrzehnten immer stärker geltend macht. Sie erhebt Einspruch dagegen, daß volksfremde Elemente die Führung an sich reißen und unseren Staat dem Untergang entgegenführen. Wer ehrlich an der Wiederaufrichtung Deutschlands mitarbeiten will, ist der Partei willkommen. Aber die Vorbedingung für solche Mitarbeit ist das Bekenntnis zu deutscher Denkweise und deutschem Empfinden."

Umbildung des Reichskabinetts.

Eintritt der Demokraten in die Regierung.

Die Verhandlungen über den Wiedereintritt der Demokraten in die Reichsregierung dürften in kürzester Frist zum Abschluß kommen. Bekanntlich hatte die demokratische Fraktion bereits in Weimar beschlossen, die Regierung mit dem Ersuchen um Wiedereintritt an sich herantreten zu lassen. Tatsächlich geht bei den Verhandlungen die Initiative von der Regierung, insbesondere von den mehrheitssozialistischen Mitgliedern des Reichskabinetts, aus, die den Wunsch hat, das Kabinett wieder auf eine breite Basis zu stellen. Die Demokraten sollen drei Ministersitze erhalten und es kommen dafür Schiffer, Dernburg und Falk in Frage. Wie mit ziemlicher Bestimmtheit versichert wird, soll Falk das Reichsjustizministerium erhalten. In den demokratischen Kreisen hegt man den lebhaften Wunsch, Dernburg wieder in sein altes Ressort, das Reichsfinanzministerium, zu bringen.

Am Sonntag trat die demokratische Fraktion zu einer Sitzung zusammen, um sich mit der Frage des Wiedereintrittes in die Regierung zu beschäftigen. Zu Anfang erstattete Schiffer, der bekanntlich für die Partei bisher die Verhandlungen geleitet hatte, seinen Bericht. An der Lage hat sich nichts geändert. Die Mehrzahl der Fraktionsmitglieder ist zwar für den Wiedereintritt in die Regierung, und diese selbst hegt nach wie vor den Wunsch, den Regierungsblock zu stärken, jedoch bestehen dadurch, daß die Demokraten ihre Forderungen weiter aufrechterhalten, bedeutende Schwierigkeiten, die noch nicht überwunden sind. Irgendein Beschluß konnte daher in der Sitzung nicht gefaßt werden. Die Verhandlungen der Parteien unter sich und mit der Regierung wurden am Montag fortgesetzt. Da anzunehmen ist, daß man sich mit den Demokraten auf irgendeiner Grundlage einigen wird, dürfte dann die Neubildung des Kabinetts demnächst vor sich gehen.

Es besteht der Plan, die Aufgaben des Wiederaufbaues und der Wiedergutmachung, die gegenwärtig vom Reichswirtschaftsministerium ressortieren, von diesem Ministerium abzutrennen und ein Wiederaufbauministerium zu errichten, das von einem demokratischer Minister geleitet würde. Ueberdies hat es sich als notwendig herausgestellt, für den Vorsitz im Reichsrat, den nach der Verfassung ein Minister führen muß, möglichst ein Kabinettmitglied zu bestellen, das nicht allzu sehr mit Ressortarbeit überhäuft ist. Es ist nicht ausgeschlossen, daß, wenn den Demokraten das Reichsministerium des Innern zufällt, Dr. David die allgemeine Vertretung des Reichskanzlers und den Vorsitz im Reichsrat als Minister ohne Portefeuille bekommt. Von der geplanten Errichtung von ständigen Staatssekretariaten im Reichsministerium des Auswärtigen und im Reichsfinanzministerium hat man Abstand genommen, jedoch dürften Veränderungen, die demnächst in anderen hohen Reichsämtern stattfinden sollen, die Gelegenheit ergeben, auch dort Männer von bestem Namen und Berufskenntnissen, aber der neuen Zeit, einzusetzen, ohne die Aemter selbst zu politisieren.

Tirpitz Erinnerungen.

Der Großadmiral über den Kaiser.

Die bereits seit langer Zeit angekündigten „Erinnerungen von Alfred von Tirpitz" werden nunmehr durch eine Berliner Korrespondenz der Oeffentlichkeit übergeben.

Das Buch behandelt die Begebenheiten von dem Diensteintritt des Verfassers an und enthält u. a. folgende Abschnitte: Der neue Kurs, Taktische Arbeit, Flottenpläne, Tsingtau, Bei Bismarck, Die Flottengesetze, Beim Flottenbau, Unter dem Kaiser, Reichsmarineamt und Auswärtige Politik, England und die deutsche Flotte, Der Ausbruch des Krieges, Hauptfragen des Krieges, Die Hochseeflotte im Kriege, Der U-Bootkrieg. In einem Anhang findet sich eine Anzahl aus den Kriegsbriefen des Großadmirals.

„Es erschien mir als Pflicht," heißt es im Vorwort, „meine Erinnerungen niederzuschreiben, weil ich den Nachweis bringen kann, daß unser altes Staatsgebäude nicht morsch und veraltet war, sondern für jede Fortbildung die Fähigkeit besaß, daß ferner die politische Legende, eine rücksichtslose Autokratie und eine kriegslüsterne Militärkaste hätten diesen Krieg entfesselt der Wahrheit ins Gesicht schlägt. Im besonderen hat der Kaiser den Krieg nicht gewollt, er war vielmehr mit seinen besten Kräften bemüht, ihn zu verhindern, nachdem er die Gefahr erkannt hatte. Unser Unglück ist nicht aus der Schaffung von Macht entsprungen, sondern aus der Schwäche, die sich auf den Gebrauch der Macht nicht verstand, weder zur Friedenswahrung noch zum Friedenschließen, sowie aus der Täuschung über unsere Gegner, über die Natur ihrer Kriegsziele und Kriegführung und über das Wesen des Wirtschaftskrieges.

In dem besonders interessanten Kapitel „Unter dem Kaiser" erzählt Tirpitz, wie er alljährlich für die letzten Septemberwochen nach Rominten fuhr. „Waldluft und unverhältnismäßige Ungestörtheit bekamen dem Kaiser gut. Er war dort ruhiger und gesammelter. — Dort fand ich Anhören und Erwägen aller Gründe — kein Ausbrechen in plötzliche nervöse Erregung. — Ich habe mir die Meinung gebildet, daß die Konstitution des Kaisers dem Druck der Verantwortung nicht gleichmäßig gewachsen war. Jedenfalls hat er sowohl beim Ausbruch wie während des Krieges mehrmals vor gesundheitlichen Zusammenbrüchen gestanden, die den Aerzten Sorge machten. Damit hänat es vielleicht auch zusammen, daß er mit zunehmenden Jahren immer mehr geneigt wurde, den schwachen Naturen in seiner Umgebung nachzugeben. — Man mußte ihn unter vier Augen sprechen, da, wenn Dritte anwesend waren, sein eigenes wirkliches Urteil leicht abgelenkt wurde durch den von ihm stark gefühlten Drang, bei jeder einzelnen Stellungnahme als Kaiser zu erscheinen. In diesem Umstand wurzelte die Macht der Kabinette. — Der Kabinettschef wohnte den dienstlichen Vorträgen des verantwortlichen Ressortministers bei, und es war natürlich, daß nach dessen Weggang der Monarch die Angelegenheiten mit ihm unter vier Augen besprach. Die Kabinettschefs brauchten also nur den richtigen Augenblick abzupassen und sich auf Phantasie- und Temperament des Herrschers einzustellen, um ihrer Ansicht Geltung zu verschaffen. —

Mit besonderer Ausführlichkeit behandelt Tirpitz die aufregenden Wochen vor dem Kriegsausbruch. Die Reichsleitung habe dem deutschen Volke gegenüber in den Julitagen durch ihre Weltunkenntnis eine schwere Schuld auf sich geladen, aber nicht England oder der Entente gegenüber.

Die weltgeschichtlich schwerste Schuld Bethmann-Hollwegs liege nicht in seinen Schätzungsfehlern im Juli, sondern in den unterlassenen Rüstungen vorher, in den Jahren, als die gegnerische Koalition alle ihre Kräfte sammelte, und durch Kriegsvorbereitungen in ihren festländischen Teilhabern den Entschluß stärkte, jede ich bietende Gelegenheit zum bewaffneten Kesseltreiben gegen Deutschland auszunutzen.

Ein nicht unerheblicher Teil der Unterlassungen hätte aber noch im Juli beseitigt werden können. Aber was geschah? Wir haben noch im Juli erhebliche Mengen Brotgetreide nach Frankreich ausgeführt. Es herrschte ein Mangel an Salpeter, der für die Armee nahezu lebensgefährlich wurde. Nickel, Kupfer und andere kriegsnotwendige Stoffe fehlten in hohem Maße, sie unauffällig zu ergänzen, wurde geradezu geflissentlich außer Acht gelassen. Um die tatsächliche Harmlosigkeit Berlins zu beweisen, auch für den Fall, daß darüber das Land zugrunde ging, waren wirtschaftlich und industriell nicht die einfachsten Vorsichtsmaßregeln für gespannte Lagen getroffen. —

Der Kaiser entfaltete, so fährt der Großadmiral fort, sobald er in Berlin eingetroffen war, eine fieberhafte Tätigkeit, um den Frieden zu erhalten. Der Kanzler hatte es nicht verstanden, den Kaiser wirklich auf dem Laufenden zu erhalten. Er sagte, er wüßte gar nicht, was die Oesterreicher wollten. Die Serben hätten doch alles bis auf einige Bagatellen zugestanden. Seit dem 5. Juli hätten die Oesterreicher nichts darüber gesagt, was sie vorhätten. Diese Aeußerung fiel am 29. Juli abends im Neuen Palais, wohin der Kaiser die militärischen Chefs geladen hatte, um sie über seine Verhandlungen mit dem Kanzler zu unterrichten, der völlig in die Knie gesunken wäre.

Tirpitz erzählt, der Kaiser habe sich über Bethmanns Unzulänglichkeit, wie schon früher des öfteren, rückhaltslos ausgesprochen, aber geäußert, er könne sich von diesem Manne jetzt nicht trennen, da er das Vertrauen Europas genösse. der Reichskanzler habe mitgeteilt, wir sollten, um England neutral zu erhalten, die deutsche Flotte durch ein Abkommen mit England opfern, was der Kaiser aber abgelehnt habe.

Seit der russischen Mobilmachung machte der Kanzler den Eindruck eines Ertrinkenden. — Der Kaiser war, als er das Scheitern seiner Friedensbemühungen erkannte, ins Innerste getroffen.

Es war des Kanzlers Aufgabe, den vom Generalstab gegen einen russisch-französischen Angriff für notwendig erachteten Durchmarsch diplomatisch entsprechend vorzubereiten. Nichts ist in dieser Richtung geschehen. Die strategische Offensive durch Belgien hatte politisch die schwersten Bedenken. Diese wurden nur gemildert, wenn unsere Politik mit doppelter Vorsicht und Geschicklichkeit die Welt klar davon überzeugte, daß wir uns politisch in der Defensive befanden.

Tirpitz schließt dieses wichtigste Kapitel: Ich habe mich so bestimmt ausgedrückt, weil offiziöse Stellen sich auch heute noch bemühen, die begangenen Fehler zu verwischen. Die moralische Schuldlosigkeit unserer damaligen Regierung kann aber nur klar gelegt werden durch eine offene Darstellung ihrer diplomatischen Unzulänglichkeit. Und nur hierdurch kann historisch nachgewiesen werden, daß der Kaiser an dem damaligen Vorbeigreifen der Regierung unbeteiligt war.

Sie suchet nicht das Ihre.

(Erzählung von Lilli Gottfried.)

Entschlossen nahm er einen Briefbogen, Tinte und Feder zur Hand, legte alles vor sich auf den Schreibtisch, faltete die Hände darüber und bat: „Herr, nun gib du mir das rechte Wort!" Dann schrieb er:

Liebes Fräulein Ribbers!

Sie können verlangen, daß ich Ihnen eine Erklärung meiner Handlungsweise gebe, und Sie sollen sie haben. Ich will nicht von hier fortgehen, ohne zuvor Klarheit und Wahrheit zwischen uns geschaffen zu haben. Lassen Sie mich ganz offen und ehrlich sprechen. Wir haben — fast so lange wir uns kennen — miteinander verkehrt wie Geschwister. Ich habe Sie auch lieb gehabt und liebe Sie noch — wie ein Bruder die Schwester. Daß Sie mir eine andere Liebe entgegenbrächten, habe ich nicht gewußt, nicht einmal geahnt. Aber ich muß es wohl glauben, nach dem, was Pastor Gurlitt mir sagte. Er hat mir vorgeworfen, ich hätte Ihnen durch mein Verhalten Hoffnung gemacht. Weiß Gott, ich habe es nicht gewollt; hab' ich es trotzdem getan, so verzeihen Sie mir! Pastor Gurlitt forderte ein anderes Benehmen meinerseits. Ich habe es versucht. Sie wissen, wie schmählich es mir gelungen. — Mit der Abendpost habe ich ein Schreiben des Konsistoriums erhalten, das mich als Pfarrer nach W. beruft. In einigen Tagen schon werde ich das mir so lieb gewordene Pfarrhaus hier velassen und Ihnen dadurch hoffentlich den Kampf erleichtern. Ich weiß, daß er nicht leicht sein wird; ich weiß aber auch, daß es einen gibt, der in allem Kampf des Lebens Sieg verleihen kann und will, und es ist mir eine Beruhigung, daß Sie diesen Einen kennen. Er wird auch Ihnen zum Sieg verhelfen. Ich gönnte Ihnen ein großes, reiches Glück, ein liebes, trautes Heim; — ich kann es Ihnen nicht geben, — verzeihen Sie, daß ich's nicht kann! Für Ihre Liebe haben Sie herzlichen Dank! Lassen Sie uns einander lieb haben als Kinder eines Vaters, als Nachfolger dessen, der sein Kreuz trug — uns zugut. Er sei mit Ihnen und führe Sie auf rechter Straße! Ihr Bardey.

— — — — — — — — — —

Als Dora an andern Morgen diesen Brief erhielt, wurde sie sehr froh. Um Bardey zu beruhigen, schrieb sie sofort wieder:

Lieber Herr Pastor!

Für Ihren offenen, ehrlichen Brief danke ich Ihnen herzlich. Auch meine Antwort soll offen und ehrlich sein. Pastor Gurlitt hat recht: ich habe Sie lieb — anders, als Sie mich liebhaben —, ich habe Sie immer lieb gehabt, solange ich Sie kenne; aber ich habe auch immer gewußt, daß ich nicht auf Ihre Gegenliebe rechnen durfte. Woher ich das wußte? Ich fühlte es, fühlte oder ahnte auch den Grund. Ihr Brief zeigt mir, daß ich recht hatte. — Ich hatte mich damit abgefunden — lange schon, und Gott hatte mir den Sieg verliehen über mein unruhiges Herz. Ich war glücklich, daß ich mit Ihnen verkehren durfte in der Weise, wie wir's getan, und ließ mir daran genügen. —

Aber das war hart, als Sie so plötzlich Ihr Benehmen änderten, als ich glaubte, auf jeden Verkehr im Pfarrhaus verzichten zu müssen. Doch auch da hat mir Gott geholfen. Und nun schenkt er mir durch Ihren Brief den Freund und Bruder wieder, den ich verloren zu haben glaubte; gibt mir die Möglichkeit, wie früher in dem lieben Pfarrhaus Vater- und Mutterliebe zu genießen; schenkt Ihnen eine Pfarrstelle, die Sie so lange sich ersehnten: der Herr ist sehr freundlich, lassen Sie uns ihm danken für seine Güte! Möchten Sie in Ihrem neuen Amte stets seine Hilfe und seinen Segen erfahren und selbst ein Segen sein! Möchte Gott Ihnen auch im Irdischen das Glück bescheren, das Sie ersehnen! — Um mich sorgen Sie sich nicht. Ich gehe als ein Kind an meines Vaters Hand und weiß: er wird mich recht führen und alles wohlmachen. Gott befohlen! Behalten Sie mich ein wenig lieb.

Ihre kleine Schwester Dora Ribbers.

— — — — — — — — — —

Bardey fühlte sich außerordentlich erleichtert, als er diese Zeilen gelesen hatte. Vor diesem Ton mußte das Schuldgefühl, das ihn in letzter Zeit gedrückt, ganz und gar weichen. Frei atmete er auf, und nun erst konnte er sich seiner Berufung zum Pfarrer recht freuen.

Am andern Tage machte er seinen Abschiedsbesuch in der Villa. Dora war mit ihren Zöglingen ausgegangen. Als sie am Abend zurückkam, fand sie in ihrem Briefkasten Bardeys Karte. „Ich wollte Ihnen heute nachmittag Lebewohl sagen", schrieb er, „aber Sie waren nicht zu finden. Wenn es geht, kommen Sie doch heute abend für ein Viertelstündchen ins Pfarrhaus; ich möchte meiner „kleinen Schwester" zum Abschied gern die Hand geben." —

Abschied! — Ein wehes Gefühl wollte in Doras Herzen aufsteigen, aber sie zwang es tapfer nieder. Sie wollte Bardey fröhlichen Herzens und hellen Auges entgegentreten — wie früher. Sie hatte ja auch keinen Grund, traurig zu sein, — im Gegenteil! Sein Glück war auch ihr Glück.

So lief sie leichten Fußes hinüber, und ein sonnig Leuchten lag in ihren Augen, als sie in das trauliche Wohnzimmer eintrat. Der alte Herr sah sie bewegt an.

„Kind, woher nehmen Sie die Sonnenstrahlen?"

„Von der Sonne, Onkelchen", entgegnete sie heiter.

(Fortsetzung folgt.)

Erhöhte Fernsprechgebühren.

Die verfassunggebende Deutsche Nationalversammlung hat das folgende Gesetz beschlossen, das nach Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird:

§ 1. Die Telegraphengebühr beträgt:

1. für gewöhnliche Ortstelegramme (Telegramme an Empfänger im Orts- oder Landbestellbezirke des Aufgabe-Postorts) 8 Pfennig für jedes Wort, mindestens 80 Pfennig,
2. für gewöhnliche Telegramme im Fernverkehr 10 Pfennig für jedes Wort, mindestens 1 Mark,
3. für Pressetelegramme die Hälfte der vorstehenden Gebühren.

§ 2. Die übrigen Telegraphengebühren und die Bedingungen für die Benutzung des Telegraphen werden durch Verordnung (Telegraphenordnung) festgesetzt.

Durch die Telegraphenordnung werden insbesondere geregelt:

1. die allgemeinen Erfordernisse der Telegramme,
2. die besonderen Telegramme und ihre Gebühren,
3. die Erhebung und Stundung der Gebühren,
4. die Zurückziehung von Telegrammen auf Verlangen des Absenders,
5. die Bestellung der Telegramme,
6. die Behandlung unbestellbarer Telegramme,
7. die Verantwortlichkeit der Telegraphenverwaltung und die Erstattung von Gebühren.

Die Telegraphenordnung ist zu veröffentlichen.

§ 3. Auf den inneren Verkehr von Bayern und den inneren Verkehr von Württemberg finden die §§ 1 und 2 keine Anwendung. Diese Bestimmung bleibt nur so lange in Geltung, bis die Post- und Telegraphenverwaltungen Bayerns und Württembergs nach Artikel 170 der Reichsverfassung vom 11. August 1919 (Reichsgesetzbl. S. 1383) auf das Reich übergegangen sind.

§ 4. Die Fernsprechgebühren-Ordnung vom 20. Dezember 1899 (Reichsgesetzbl. S. 711) wird dahin geändert:

I. § 2 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

Die Pauschgebühr beträgt

in Netzen von nicht über	50	Teilnehmeranschl.		160 M.
bei mehr als	50	bis einschl.	100	„	200 „
„ „ „	100	„ „	200	„	240 „
„ „ „	200	„ „	500	„	280 „
„ „ „	500	„ „	1 000	„	300 „
„ „ „	1 000	„ „	5 000	„	320 „
„ „ „	5 000	„ „	20 000	„	340 „
„ „ „	20 000	Teilnehmeranschlüssen . .			360 „

jährlich für jeden Anschluß, der von der Vermittlungsstelle, an die er geführt wird, nicht weiter als 5 Kilometer entfernt ist.

II. Im § 4 und im § 5 letzten Absatz wird die Zahl 80 durch 160 ersetzt.

III. § 5 Abs. 2 und 3 erhalten folgende Fassung:

Die Grundgebühr beträgt

in Netzen von nicht über	1 000	Teilnehmeranschl.		120 M.
bei mehr als	1 000	bis einschl.	5 000	„	150 „
„ „ „	5 000	„ „	20 000	„	180 „
„ „ „	20 000	Teilnehmeranschlüssen . .			200 „

jährlich für jeden Anschluß, der von der Vermittlungsstelle, an die er geführt wird, nicht weiter als 5 Kilometer entfernt ist.

Die Gesprächsgebühr beträgt 10 Pfg. für jede Verbindung.

IV. § 7 erhält folgende Fassung:

Für die Benutzung der Verbindungsleitungen zwischen verschiedenen Netzen oder Orten mit öffentlichen Fernsprechstellen werden Gesprächsgebühren erhoben. Sie betragen für eine Verbindung von nicht mehr als 3 Minuten Dauer bei einer Entfernung

bis zu	25	Kilometer einschließlich	40 Pf.
„ „	50	„ „	50 „
„ „	100	„ „	1 Mk.
„ „	500	„ „	2 „
„ „	1000	„ „	3 „
von mehr als	1000	„	4 „

Auf die Berechnung der Entfernung finden die Vorschriften im § 2 des Postgebührengesetzes sinngemäß Anwendung.

§ 5. Dies Gesetz tritt mit dem 1. Oktober 1919 in Kraft. Jeder Fernsprechteilnehmer ist berechtigt, seinen Anschluß bis zum 15. September 1919 zu kündigen oder zu einer niedrigeren Gebührenart überzugehen.

Bei den am 1. Oktober 1919 vorhandenen Anschlüssen gegen Grund- und Gesprächsgebühr werden die an der gesetzlichen Mindestzahl (§ 5 Abs. 1 der Fernsprechgebühren-Ordnung) fehlenden Ortsgespräche auch im Rechnungsjahr 1919 mit 10 Pf. angesetzt.

Der Berliner Metallarbeiterstreik.

Die Gemeinden zahlen keine Arbeitslosenunterstützung.

Die neue Taktik der Unabhängigen und Kommunisten, durch die Arbeitsverweigerung bestimmter Arbeitergruppen die Unternehmer zur Lahmlegung ihrer Betriebe zu zwingen und die Unterstützung der Streikenden von der Streikkasse auf die Gemeinden abzuwälzen ist erfreulicherweise nicht von Erfolg begleitet. Es steht nämlich jetzt endgültig fest, daß Arbeitslosenunterstützung von den Gemeinden nicht gewährt wird.

Dieser Beschluß bereitet den gewissenlosen Streikhetzern großes Kopfzerbrechen. Um die Geldsorgen zu bannen, wird jetzt beabsichtigt, die Arbeiterschaft, insbesondere die Anhänger der Unabhängigen für eine Unterstützungsaktion für die Streikenden und arbeitslos gewordenen Metallarbeiter zu gewinnen. Der Deutsche Metallarbeiterverband wird aus eigenen Mitteln den Streik nicht lange durchführen können und mit einer schnellen Beendigung ist nicht zu rechnen. In gewerkschaftlichen Kreisen zweifelt man aber an dem Willen der Arbeiterschaft, den Unabhängigen und Kommunisten Unterstützung zu leisten. In weiten Kreisen der Arbeiterschaft herrscht vielmehr Erbitterung über das Vorgehen des Metallarbeiterverbandes. Man hält die ganze Bewegung umso mehr für eine Kraftprobe der Unabhängigen und Kommunisten im Verbande, als der Streik lediglich auf die durch nichts bewiesene Behauptung, die Arbeitgeber wollen die Löhne abbauen und ihre Versprechungen bezüglich der Höchstlöhne nicht halten, ins Werk gesetzt worden ist.

Der Streik der Metallfacharbeiter hat keine nennenswerte weitere Ausdehnung erfahren. Einige mittlere Firmen mußten wieder Entlassungen vornehmen, weil infolge des Streiks die Möglichkeit zur vollen Aufrechterhaltung der Betriebe nicht mehr vorhanden war. In den meisten Fabriken sucht man aber Arbeiterentlassungen so lange wie möglich zu vermeiden und greift dafür zu Einschränkungen der Arbeitszeit. Nach den Angaben der Arbeitgeber sind bisher rund 60 000 Arbeiter und Arbeiterinnen von dem Streik betroffen, während es nach den Mitteilungen der Streikleitung rund 100 000 sind.

Bei der Firma Borsig in Tegel sind 200 Betriebselektriker, Heizer und Maschinisten in den Ausstand getreten. Der Betrieb mußte infolgedessen eingestellt werden. Das Werk beschäftigt gegenwärtig ungefähr 6000 Arbeiter, die dadurch brotlos werden. Die Stillegung des Borsigwerkes bedeutet eine große volkswirtschaftliche Schädigung, da damit die größte Lokomotivfabrik Deutschlands stillgelegt ist.

Die Lage an der Wasserkante.

In Bremen und Stettin ist die Lage im Seemannsstreik unverändert. In Lübeck sind 26 Schiffe aufgelaufen, deren Mannschaften unter dem Druck des Seemannsbundes abmusterten. Der Transportarbeiterverband wandte sich an das Polizeiamt Lübeck mit der Bitte, seinen arbeitswilligen Mitgliedern Schutz angedeihen zu lassen. Obgleich dieser Schutz gewährt wurde, wagten die arbeitswilligen Mannschaften nicht zu arbeiten. Der Kampf stellt sich also als ein Machtkampf zwischen dem rein politische, radikale Ziele verfolgenden Seemannsbund und der gewerkschaftlichen Organisation des Transportarbeiterverbandes dar.

Der Landarbeiterstreik in Eckernförde.

Im Kreise Eckernförde besteht vorläufig keine Aussicht auf Beilegung des Landarbeiterstreiks. Die Arbeitgeber sind an sich bereit zu verhandeln, jedoch nur mit der Organisation der Landarbeiter, während die streikenden Landarbeiter sich bisher außerhalb der Organisation gestellt haben.

Der Transportarbeiterstreik im Wuppertal.

Der Transportarbeiterstreik im Wuppertal dauert unvermindert an und verursacht immer größere Betriebsschwierigkeiten in der Industrie. In den nächsten Tagen muß in einer Reihe von Betrieben die Arbeit ganz eingestellt werden. Die Kohlenzufuhr nach dem Wuppertal stockt völlig. Die Streikenden lassen keine Kohlenfuhrwerke in die Wuppertäler hinein.

England ohne Bahnverkehr.

Der Generalstreik der englischen Eisenbahner.

Nach Londoner Meldungen erstreckt sich der Eisenbahnerstreik auf das gesamte Königreich. Fast der gesamte Eisenbahnverkehr in England, Schottland und Wales ist eingestellt. Der Ernst der Lage wird dadurch noch verstärkt, daß der Verband der Maschinisten und Heizer beschlossen hat, die Eisenbahner zu unterstützen. Ueber die Haltung der Transport- und Bergarbeiterverbände ist noch nichts bekannt, doch wird befürchtet, daß es zu einem allgemeinen Streik des Arbeiter-Drei-Verbandes kommen wird. Bisher ist keine Aussicht auf Beilegung des Konfliktes vorhanden. Die Mittel der Eisenbahner-Union belaufen sich auf 1½ Millionen Pfund und dürften wohl für vier Wochen ausreichen. Man erwartet als erste Folge des Streiks die Einstellung der Kohlenzufuhr.

Die Maßnahmen der britischen Regierung.

Die Regierung beabsichtigt, den Kampf mit allen Mitteln weiter zu führen; man hoffe, daß die Krise ohne Aufruhr vorübergehen werde, aber auch auf einen solchen sei die Regierung vorbereitet. Die Eisenbahnen werden von Truppen bewacht. Kohlen, Fleisch, Speck, Zucker, Butter, Margarine sind streng rationiert. Zur Sicherstellung der Lebensmittelversorgung hat die Regierung große Vorbereitungen getroffen. Es besteht die Absicht, den großen Londoner Hydepark abzusperren und dort einen Automobilpark und die Hauptverteilungsstelle für Lebensmittel in London einzurichten. 25 000 Chauffeure haben sich freiwillig gemeldet. Die Demobilisation ist eingestellt. Alle Spezial-Polizeiagenten von London stehen in Alarmbereitschaft. Die Regierung ruft Freiwillige auf. Der Arbeitsminister hat erklärt, daß der Streik nicht gegen die Regierung, sondern gegen den Staat gerichtet sei.

Der Gefangenen-Transport unterbrochen.

Auf Grund eines aus London plötzlich erfolgten Befehls hat die englische Marinekommandantur auf dem Kreuzer „Conventry" in Hamburg die deutsche Behörde ersucht, die zum Rücktransport unserer Kriegsgefangenen in England bestimmten Dampfer zurückzuhalten. Der Grund für diese Anordnung ist der englischen Marinekommandantur nicht bekannt. Nach ihrer Ansicht wird diese Verzögerung nur von kurzer Zeit sein. Die beiden am Sonnabend aus Hamburg ausgelaufenen Dampfer „Villarcal" und „Melilla" sind daher in Cuxhaven vor Anker gegangen. Der Grund dieser Verzögerung ist natürlich der Verkehrsstreik in England.

Deutsches Reich.

— Die Agitationskonferenz der Großberliner Parteifunktionäre hat dem Reichswehrminister Noske nach einer zweistündigen Verteidigungsrede einstimmig das Vertrauen ausgesprochen.

— In einer großen Volkskundgebung in Flensburg wurde gegen die Vergewaltigung Nordschleswigs erneut feierlicher Protest erhoben und der Glaube an Deutschlands Zukunft über Not und Nacht hinweg bekundet.

•

:: **Eine deutsche Note wegen der Ludwigshafener Vorgänge.** Der französischen Regierung wurde eine deutsche Note überreicht wegen der deutschen Vorkommnisse in Ludwigshafen in der Nacht vom 28. zum 29. August. Es drang damals eine französische Patrouille in das Postamt. Dabei wurden der Postverwalter Seh und der Briefträger Frank erschossen, ein weiterer Beamter schwer verwundet. Die deutsche Note gibt der Erwartung Ausdruck, daß französischerseits eine Untersuchung des Vorfalles eingeleitet worden ist und bittet um Mitteilung der gegen die Schuldigen getroffenen Maßnahmen. Die Note fordert weiter eine angemessene Entschädigung der beiden ihrer Ernährer beraubten Familien und eine Schadloshaltung des verwundeten Beamten durch Ersatz der Kurkosten. — In Berlin sind Ententenoten wegen der Lage im Baltikum und wegen Eupen-Malmedy eingetroffen.

:: **Keine Sozialisierung des Aerztestandes.** In Eisenach tagte der 41. deutsche Aerztetag, um zu beraten, wie sich die Aerzte den „neuen Verhältnissen" anpassen müssen. Einstimmige Annahme fand folgender Beschluß: „Die Aerzteschaft als die berufene Hüterin der Volksgesundheit spricht sich dahin aus, daß die Bekämpfung der Volkskrankheit und die soziale Hygiene durch beamtete Fürsorgeärzte und die Errichtung eines Landesgesundheitsamtes mit einem Arzte an der Spitze durchzuführen ist. Dagegen lehnt sie eine Verstaatlichung der Aerzte aber bezüglich der Behandlung der Kranken und im Hinblick auf das unbedingt notwendige persönliche Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Kranken und im Interesse aller Kranken sowie des ärztlichen Berufs und der ärztlichen Wissenschaft grundsätzlich ab. Die restlose Durchführung der organisierten freien Aerztewahl im gesamten kassenärztlichen Dienst sichert am vollkommensten die Erfüllung auch der umfassenden Aufgaben des Heilwesens. Der ärztliche Stand ordnet sich am zweckmäßigsten in freier genossenschaftlicher Form dem Organismus des werktätigen Volkes an."

:: **Eine katholische Fakultät für Frankfurt.** Wie der „Deutschen Allgem. Ztg." aus Frankfurt a. M. berichtet wird, sind in Frankfurt Bestrebungen im Gange, die katholische theologische Fakultät der Universität Straßburg nach Frankfurt a. M. zu verlegen, da die theologische Fakultät der Freiburger Hochschule für die vertriebene Straßburger Fakultät nur beschränkt aufnahmefähig ist. Wie das Blatt weiter dazu erfährt, ist es bei der augenblicklichen finanziellen Lage des Staates ausgeschlossen, daß für Zwecke der Errichtung einer katholisch-theologischen Fakultät in Frankfurt a. M. staatliche Mittel zur Verfügung gestellt werden könnten. Auch die Mittel, über die die Frankfurter Universität selbst verfügt, dürften eine wesentliche Unterstützung des Planes kaum gestatten. So seien denn die Aussichten, den Plan durchzuführen, infolge der finanziellen Schwierigkeiten sehr beschränkt, es müßte denn sein, daß die Finanzierung von dritter, interessierter Seite in die Hand genommen würde. Bei der Errichtung der Frankfurter Universität hatte man die Eingliederung einer evangelisch-theologischen Fakultät bekanntlich mit bewußter Absicht unterlassen. Es würde immerhin einen starken Umschwung der Anschauungen bedeuten, wenn man heute in den maßgebenden Frankfurter Kreisen der Bildung einer katholisch-theologischen Fakultät geneigt sein sollte.

:: **Wahlniederlage der Unabhängigen in Braunschweig.** Die Stichwahl für die Neubesetzung des Magistrats der Stadt Braunschweig endete gleichfalls mit einer schweren Niederlage der Unabhängigen. Es wurden nur die beiden Kandidaten der Bürgerlichen und Mehrheitssozialisten gewählt. Die Wahl fiel auf den demokratischen Schulinspektor Schaver und den mehrheitssozialistischen Geschäftsführer Vogler. Jeder dieser beiden gewählten Kandidaten brachte es auf ca. 24 700 Stimmen, während jeder der unabhängigen Gegenkandidaten nur rund 11 000 Stimmen erhielt. Eine besonders überraschende Niederlage ergab sich bei der Bürgermeisterwahl in der Stadt Schöningen, wo bisher bei allen Wahlen die Unabhängigen die meisten Stimmen hatten. Der bekannte Landtagsabgeordnete und frühere Ministerpräsident Oerter, das bekannte Oberhaupt der Braunschweiger Unabhängigen, brachte es dort nur auf 1947 Stimmen, für seinen Gegenkandidaten, den mehrheitssozialistischen Abgeordneten Schelz, wurden 2290 Stimmen abgegeben. Letzterer ist somit als Bürgermeister der Stadt Schöningen gewählt. Bei einem Vergleich mit der Wahl für die deutsche Nationalversammlung hat sich der Stimmverlust für die Unabhängigen in der Stadt Braunschweig auf 15 000 Stimmen erhöht.

:: **Die Regierung der Republik Birkenfeld von Frankreichs Gnaden** hat die für den 28. September bestimmten Gemeinderatswahlen und die für den 5. Oktober beschlossenen Landeswahlen ohne Angabe von Gründen — angeblich auf Befehl der Besatzungsbehörden — verboten. Sie befürchtet wahrscheinlich die unbedingt sichere Wahlniederlage.

Rundschau im Auslande.

: Die Einlösung der Oktoberkupons in Oesterreich wird um den 20. Oktober erfolgen.

•

Litauen: Litauens „vorläufige" Anerkennung.

: Reuter zufolge hat die britische Regierung dem Führer der litauischen Vertretung in London bekannt gegeben, daß England bereit ist, die litauische Regierung als einen tatsächlich unabhängigen Staat wie Lettland und Estland vorläufig anzuerkennen. Aus Anlaß der Anerkennung der Selbständigkeit Litauens durch England hat in Kowno eine große Kundgebung stattgefunden. Die Menge zog vor das Hotel Metropole, den Sitz der englischen Abordnung, und brachte ihr begeisterte Huldigungen dar.

Ungarn: Englisch-rumänischer Zusammenstoß.

: In Budapest hat sich ein ernster Zusammenstoß zwischen englischen und rumänischen Truppen ereignet. In der Ofner Burg erschien eine rumänische Militärpatrouille, die den Auftrag hatte, die gesamten telephonischen Apparate abzumontieren und mitzunehmen. In der Burg wurden die Rumänen durch englische Soldaten empfangen, die dort auf Befehl der Ententemission postiert waren, um die Requirierung zu verhindern. Die Engländer forderten die Rumänen auf, sich zu entfernen. Als die Rumänen der Aufforderung nicht nachkommen wollten, wurden sie von den Engländern mit gefälltem Bajonett vertrieben. Das rumänische Kommando hat wegen des Vorfalles bei der Ententemission Einspruch erhoben, der Einspruch ist aber unbeantwortet geblieben. Sehr bezeichnend für die Art der rumänischen Requirierungen ist, daß aus dem Budapester Telegraphenamt von 80 Hughesapparaten 72

mitgenommen worden sind, so daß das Telegraphenamt außer stande ist, den Verkehr aufzunehmen.

Italien: Kabinettskrise in Rom.

Der Handstreich Gabriele d'Annunzios in Fiume hat die Stellung des italienischen Ministeriums Nitti bedeutend erschüttert. Alle Bemühungen der Regierung, die gewaltsame Besetzung von Fiume rückgängig zu machen, scheitern an den unbeugsamen Willen d'Annunzios, sich mit der Regierung darüber in Verhandlungen einzulassen. Andererseits ist die Regierung, wie aus den jüngsten Enthüllungen des Außenministers Tittoni in der italienischen Kammer hervorgeht, machtlos gegenüber den übrigen Ententestaaten, die den italienischen Ansprüchen sehr zurückhaltend gegenüberstehen. Besonders die Vereinigten Staaten setzen den italienischen Wünschen den heftigsten Widerstand entgegen. Bezüglich der letzten Vorschläge Wilsons erklärte Tittoni, daß sie nicht die Vollkommenheit darstellen, daß aber ihre Verwerfung von seiten Italiens dessen völlige Isolierung nach sich ziehen würde. Aus der Rede Tittonis geht hervor, daß das Ministerium Sonnino in der Nation in der leichtfertigsten Weise und ohne allen Grund die Hoffnung erweckt und unterhalten hat, daß England und Frankreich bereit seien, die italienischen Ansprüche auf vereinbarter Grundlage auch ohne Zustimmung Amerikas anzuerkennen. Die Wut der Nationalisten über diese Enthüllungen ist grenzenlos, und sie machen alle Anstrengungen, um das Ministerium Nitti-Tittoni zu stürzen. Auch im Kabinett selber haben sich unüberbrückbare Gegensätze ergeben. Die Stellung des jetzigen Kabinetts ist dadurch nahezu unhaltbar geworden.

Kirche, Schule und Mission.

Missionskonferenz in Wernigerode.

epd. Der Verband der deutschen evangelischen Missionskonferenzen hielt am 16. und 17. September unter dem Vorsitz von Geheimrat Prof. D. Haußleiter-Halle eine Vertretertagung in Wernigerode ab. Von den angeschlossenen 23 Konferenzen mit einer Mitgliederzahl von 15 000 Geistlichen und 3000 Laien waren 17 Abgesandte Vertreter, darunter besonders herzlich begrüßt die Vertreter von Posen und Westpreußen. Von der 1. evangelischen Jahresversammlung der Missionskonferenz für Deutsch-Österreich in Wien im Juli d. J. berichtete Prof. D. Jul. Richter. Ein besonderer Beschluß der Versammlung versicherte die Konferenzen in den durch politische Grenzen geschiedenen Gebieten der unzertrennlichen Gemeinschaft des Glaubens und der Liebe. Der Vorsitzende des Verbands-Ausschusses leitete die Verhandlungen mit Bericht und Ausblick ein. Auch die Missionskonferenzen stehen an einem Wendepunkt mit ihrer Arbeit. Bei der Volksmission darf der Missionsgedanke nie ganz fehlen. Der Vertreter von Kurhessen, Prof. Dr. Bornhäuser, konnte mitteilen, daß nach dem dortigen Kirchenverfassungsentwurf unter den 10 durch Ernennung in die Synode eintretenden Mitgliedern ein Vertreter der Mission sein sollte. Durch den Anschluß an die evangelische Arbeitsgemeinschaft in Berlin erhielt der Verbands-Ausschuß der Missionskonferenzen die Möglichkeit, einen Vertreter zum Kirchentage in Dresden zu entsenden. In der Schlußsitzung wurde die Bildung einer durch Beiträge der einzelnen Konferenzen zu speisenden Verbandskasse mit einem Jahresetat von 2750,— ℳ beschlossen. Im Mittelpunkt der Verhandlungen des 1. Tages stand ein Vortrag von Prof. D. Jul. Richter über die Aufgaben, die sich aus der gegenwärtigen Lage der deutschen Missionsgesellschaften ergeben. Lebhaft erörtert wurden die künftigen Arbeitsmöglichkeiten der Missionsgesellschaften und ihre finanzielle Belastung. Eine wichtige organisatorische Frage behandelte Missionsdirektor Schreiber in seinem Referat über die Herbeiführung geordneter Arbeitsgemeinschaft und Arbeitsteilung für das heimatliche Missionsleben. Er trat für engere Verbindung des Verbands-Ausschusses der Missionskonferenzen mit der Missionshilfe ein. Die Frage wird auf der nächsten Herrnhuter Missionswoche weiter erörtert werden. An die Vertretertagung schloß sich eine Versammlung der Deutschen Gesellschaft für Missionswissenschaft unter Leitung von Geheimrat Prof. D. Mirbt an. Zwei neue Veröffentlichungen stehen bevor: Leibnitz und seine Stellung zur Mission von einem bayerischen Pfarrer, und: Die Missionspredigt des Apostels Paulus von D. Oepke am Leipziger Missionsseminar. Den Schluß bildete eine Missionsversammlung für die Gemeinde in der Liebfrauen-Kirche, in der Bischof D. Hennig und Geheimrat D. Haußleiter Ansprachen hielten.

Lokal- und Provinzialnachrichten.

Bielefeld, den 1. Oktober 1919.

—**Ausgabe von neuen Bielefelder Notgeldscheinen.** Von der Stadt-Sparkasse Bielefeld werden seit einiger Zeit neue Platzanweisungen zu 10 und 25 Pfg. in den Verkehr gebracht. Die Scheine weichen in der Untergrundzeichnung von der früheren Ausführung ab. Während auf den alten Platzanweisungen die Lebensmittelpreise von Paris und Bielefeld abgedruckt waren, ist das jetzige Untergrundmuster durch andere statistische Notizen ergänzt.

Die 25-Pfennig-Scheine geben auf der Vorderseite die Anzahl der Viehschlachtungen an, die in der Zeit vom 1. 10. 1917 bis 1. 10. 1918 stattgefunden haben, um den Bedarf der Bielefelder Bürgerschaft zu decken. Trotz der geringen Menge von 50 Gr. täglich pro Person werden wöchentlich verbraucht: 394 Stück Rinder = 992 810 Pfund, 4055 Stück Kälber = 249 665 Pfund, 309 Stück Schweine = 40 111 Pfund, Summa 1 282 586 Pfund

Wie selbst die kleinen Tagesportionen auf den Gesamtverbrauch eingewirkt haben, können wir daraus entnehmen, daß die Stadt Bielefeld in einem Jahre 8 mal soviel verzehrt hat, wie der Viehbestand der Gemeinde Dornberg betrug. Auf der Rückseite des 25-Pfennig-Scheines sind die Notgeldmengen angegeben, die von der Stadt-Sparkasse Bielefeld in den Verkehr gebracht wurden. Außerdem ersehen wir, daß der Papiergeldumlauf im Deutschen Reiche vom 1. 1. 1917 bis 1. 1. 1918 von 11 Milliarden auf 22 Milliarden gestiegen ist. In Friedenszeit betrug der Papiergeldumlauf des Deutschen Reiches 5 Milliarden.

Die neuen 10-Pfennig-Scheine geben auf der Vorderseite die Ausgaben der Stadt Bielefeld für Lebensmittel an. Die Rückseite enthält die schweren Verluste, die Deutschland während der Kriegszeit an Toten und Verwundeten und Gefangenen erlitten hat.

— **Bethel.** („Aufwärtsbund".) Zur auf Freitag abend anberaumten Besprechung waren eine Anzahl Freunde der Sache zusammen gekommen. Das Wort Jesu (Matth. 11, 29) „Nehmet auf euch mein Joch und lernet von mir" führte zum rechten Vorbild in der Arbeit, die nicht das Ihre sucht, sondern das was des andern ist, die sich keiner Arbeit schämt, wie auch der Sohn Gottes sich der Zimmermannsarbeit nicht geschämt hat. Der vorliegende Satzungsentwurf wurde besprochen und gutgeheißen. 22 Männer und Frauen haben schon durch Unterschrift ihren Beitritt erklärt. Die eigentliche Gründung des Bundes durch Annahme der Satzungen und Wahl des Vorstandes wurde auf Mittwoch, den 1. Oktober, abends 8 Uhr, im Vereinshaus Gosen angesetzt. Alle Freunde der Sache sind herzlich dazu eingeladen. Wir hoffen, daß das unscheinbare Samenkorn wachsen und Frucht bringen wird zur Freude aller, welche uns mithelfen und zum Wohl unseres Volkes. Auskunft (schriftlich oder mündlich) erteilt Missionar Ostermeyer, außerdem nehmen noch Anmeldungen entgegen die Herren Kötting (Hauptkasse), Niehage (Handelsabteilung), Westerheide (Dankort), alle in Bethel.

Letzte Nachrichten.

Regierungskrise in Bayern.

Die Regierungskrise in Bayern ist nunmehr eingetreten. Der Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei Bayerns hat der Regierung das Vertrauen ausgedrückt, gleichzeitig aber das Verlangen nach einer Zusammensetzung der Regierung ausgesprochen, die dem Ausfall der Wahlen entspricht. Der bayerische Landtag tritt am Dienstag wieder zusammen, zunächst mit einer Sitzung des Haushaltsausschusses und wird sich sofort mit der Neubildung des Ministeriums beschäftigen. Eine rein bürgerliche Regierung wäre möglich mit Zentrum, Demokraten und Mittelstandspartei. Diese, mit Einschluß der wenigen Konservativen, haben im Landtag eine Mehrheit, die aber nicht in allen Fragen standzuhalten vermag. Die Demokraten wollen auch mit dem Zentrum und den Mittelständlern zusammen keine bürgerliche Mehrheitsregierung bilden, die mit dem Ministerpräsidenten aus dem Zentrum, nämlich dem Fraktionsvorsitzenden Chefredakteur und Verleger Geheimen Hofrat Held aus Regensburg, denkbar wäre. Die Bauernbundfraktion im Landtag ist geschlossen radikal. Zur Landtagsauflösung wird es nicht kommen, es wird vielmehr eine rein parlamentarische Regierung aus allen Parteien gebildet werden müssen.

Die Herabsetzung der Zuckerration.

Die von allen Seiten erhobenen Einsprüche gegen die Herabsetzung der Zuckerration vom 1. Oktober hat bereits Erfolg zu verzeichnen. Wie die schlesische Provinzialzuckerstelle mitteilt, haben Verhandlungen mit den Zentralinstanzen es ermöglicht, das gekürzte halbe Pfund bereits Ende Oktober nachzuliefern.

Eine Sonderkonferenz über die russische Frage.

Der polnische Ministerpräsident Paderewski hat in einer Unterredung mit dem Pariser Korrespondenten der „Daily News" erklärt, daß die Verbündeten ihn ersucht hätten, auf kein Friedensangebot der Räteregierung einzugehen, sondern den Krieg fortzusetzen. Die englische Regierung habe den Alliierten vorgeschlagen, eine Sonderkonferenz, welche sich nur mit der russischen Frage beschäftigen solle, einzuberufen.

Die italienische Kammer fordert Fiume.

Die römische Kammer nahm die Erklärung der Regierung über die Vorgänge in Fiume entgegen. Der Außenminister Tittoni verteidigte das gute Recht Italiens und dessen Ansprüche auf Fiume. Nur habe die Expedition d'Annunzios die Lage in unhaltbarer Weise verschärft. Bei der Erwähnung von Fiume erhoben sich alle Minister und Abgeordneten und brachten ihm eine Kundgebung dar. Der Abgeordnete Chiesa brachte folgende Tagesordnung ein: „Die Kammer ist überzeugt, daß die alliierten und assoziierten Mächte die harten Lebensnotwendigkeiten Italiens begreifen und den frei ausgesprochenen Wunsch Fiumes günstig auffassen werden, mit Hinterland, Eisenbahn und Hafen mit Italien vereinigt zu werden." — Chiesa schilderte die für Fiume aus der Weigerung Wilsons, das von Clemenceau und Lloyd George angenommene Uebereinkommen anzunehmen, entstandene Lage. — Fiume wird, so sagte er, italienisch werden oder seine Bewohner werden von den Trümmern der Stadt begraben werden.

Nach der Kammersitzung kam es im Cafe d'Aragno in Rom zu einer wahren Schlacht zwischen Sozialisten und Nationalisten. Die beiden Parteien schlugen unter den Rufen: „Es lebe Lenin!" bezw. „Es lebe d'Annanzio!" aufeinander los, wobei die Einrichtungsgegenstände des Cafes als Waffen dienten. Nur mit Mühe konnte die Polizei die Ordnung wieder herstellen.

Für den Inhalt verantwortlich: W. Kraa, Bethel. — Druck und Verlag Druckerei Bethel bei Bielefeld. Fernruf 74, Amt Bielefeld.

Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind zu richten nach Bielefeld Schließfach 141. Alles, was die Expedition betrifft, alle Inserate und Geldsendungen an die Geschäftsstelle Missionar Heidenbrok, Bethel-Bielefeld, Postscheckkonto 7382 Hannover.

Kartoffelbezugsscheine im Landkreise Bielefeld.

Auf Grund der Anordnung des Kreisausschusses über die Versorgung mit Herbstkartoffeln aus der Ernte 1919 vom 29. 9. 1919 wird bestimmt:

1. Kartoffelerzeuger dürfen Kartoffeln an Verbraucher nur gegen Vorlage eines Kartoffelbezugsscheins des Landkreises Bielefeld abgeben. Kartoffelbezugscheine, die von anderen Kommunalverbänden ausgestellt sind, haben im Landkreise Bielefeld keine Gültigkeit. Kartoffeln dürfen hierauf nicht abgegeben werden.

Die Ausgabe der Bezugsscheine an die Versorgungsberechtigten und Teilselbstversorger erfolgt kostenlos durch die Gemeindevorsteher in der Zeit vom 2. bis 12. Oktober dieses Jahres. Der genaue Zeitpunkt wird von den Gemeindevorstehern ortsüblich bekanntgegeben.

2. Bei der Ausstellung der Bezugsscheine ist vorzulegen:
a) die Speisekartoffellieferungserklärung eines Kartoffelerzeugers oder eines Kreiskartoffelkommissionärs.
b) die Kartoffelkarte.

Die Ausgabe der Kartoffelkarten an die Teilselbstversorger erfolgt gleichfalls in der Zeit vom 2. bis 12. 10. d. J. **Die Teilselbstversorger haben hierbei die Vorräte eigener Ernte genau anzuzeigen.**

Der Bezugsschein wird ausgestellt:

1. für Bezugsberechtigte, die sich nach der Lieferungserklärung bei einem Kartoffelerzeuger im Kreise selbst eindecken, auf höchstens **2 Zentner** je Kopf der Bezugsberechtigten,

2. für Bezugsberechtigte, die sich in anderen Überschußkommunalverbänden der Provinz Westfalen nach der Lieferungserklärung eindecken, auf höchstens **3 Zentner je Kopf** der Bezugsberechtigten.

Überschußverbände in der Provinz Westfalen sind:

Borken, Brilon, Coesfeld, Büren, Halle, Höxter, Lippstadt, Lübbecke, Meschede, Münster-Land, Olpe, Soest, Tecklenburg, Warburg, Warendorf, Wiedenbrück, Wittgenstein.

3. Der Kartoffelbezugsschein besteht aus drei Teilen: A, B und C. Kartoffelbezugsscheine, die auf Erzeuger im Landkreis Bielefeld lauten (weißer Schein), müssen vor ihrer Gültigkeit von dem Bezugscheininhaber dem Gemeindevorsteher der Wohnsitzgemeinde des Kartoffel-Lieferanten zur Eintragung in die Kartoffel-Überschuß- und Ablieferungskarte vorgelegt werden. Der Gemeindevorsteher versieht alle drei Teile mit der erforderlichen Kontrollnummer und mit dem Dienstsiegel. Erst hierdurch erlangt der Schein seine Gültigkeit.

Der Bezugscheininhaber hat alsdann die Teile A und B des Bezugsscheins an seinen Kartoffellieferanten abzugeben und bei der Lieferung den Empfang der Kartoffeln darauf zu bescheinigen. Auf dem Teil C des Bezugscheins ist von dem Kartoffellieferanten der Beförderungsvermerk auszufüllen. Die Kartoffeln dürfen nur an dem auf dem Teil C des Bezugsscheins vom Lieferanten vermerkten Tage nach der Wohnung des Bezugsberechtigten befördert werden. Das Datum ist vom Lieferanten mit Tinte einzutragen. Binnen 24 Stunden nach beendigter Beförderung hat der Bezugsberechtigte den Teil C des Bezugscheins an den Gemeindevorsteher seiner Wohnsitzgemeinde zurückzugeben.

4. Kartoffelbezugscheine, die auf Erzeuger außerhalb des Landkreises Bielefeld lauten (roter Schein) müssen vor ihrer Gültigkeit bei der Stelle vorgelegt werden, die von dem Überschuß-Kommunalverband bestimmt wird, in dem der Kartoffellieferant wohnt. Im übrigen ist das Verfahren das gleiche wie bei Bezugsscheinen, die auf Erzeuger innerhalb des Landkreises Bielefeld ausgestellt sind.

5. Der Preis für die auf Bezugschein unmittelbar vom Erzeuger bezogenen Kartoffeln ist von der Provinzialkartoffelstelle auf 7,25 ℳ festgesetzt. Bei Abnahme von weniger als 10 Zentner beträgt der Preis 7,75 ℳ. Ein höherer Preis darf von den Erzeugern nicht gefordert werden.

Beziehen die Bezugscheinberechtigten die Kartoffeln durch Vermittlung der Kartoffelkommissionäre auf Bezugschein, so sind die Kommissionäre berechtigt, hierfür eine Vermittlungsgebühr von 25 Pfg. je Zentner zu verlangen. Die Namen der Kartoffel-Kommissionäre werden besonders bekanntgegeben.

6. Kartoffelversorgungsberechtigte und Teilselbstversorger, denen es nicht gelungen ist, sich selbst durch Vermittlung der Kommissionäre Kartoffen auf Bezugschein zu verschaffen, erhalten 2 **Zentner** Kartoffeln auf Grund der Kartoffelkarte zum **Vorzugspreise von 9.25** ℳ je Zentner. Es sollen für die Zuteilung in erster Linie Kartoffeln aus den benachbarten Überschußgebieten verwendet werden.

Bielefeld, den 29. 9. 1919.

Kriegswirtschaftsamt des Landkreises Bielefeld.

Christliches jüngeres Alleinmädchen
mit Lust zum Haushalt (4 Erwachsene), im Kochen angelernt, sofort gesucht.
Frau Langbein, Elberfeld,
Erholungsstraße 13.

Zur Hilfe der Schwestern bei der Pflege, Beaufsichtigung und Beschäftigung der Kinder suchen wir für Mitte November
zwei Helferinnen.
Alter nicht unter 20 Jahren. Monatlich Taschengeld 20 Mk.
Kinderheilanstalt Elisabethhaus,
Bad Nauheim.

Feinste Leder-Glanz-Creme
erhalten Sie stets frisch und kaufen Sie vorteilhaft in Dosen im Kleinhandel zu 60 Pfg., 1,50 Mk. und höher von dem
Versand A. W. Huland,
Vertretung der Fabriken Bergneustadt (Rheinland).
Filialen: Düsseldorf, Merowingerstraße 52; Lennep, Teichstraße 4; Wesel a. Rh., Johann-Siegmundstraße 10.



Zahnpraxis W. Heidbrede
Bielefeld, Grabenstraße 22.
Sprechstunden: Vorm. 9—1, nachm. 2—7 Uhr.